

A n t r a g
des
UMWELT-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Rennhofer und Schmidl betreffend Änderung des Ökostromgesetzes.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, im Sinne der Antragsbegründung bürokratische Hürden im Ökostromgesetz 2012 abzubauen und neue Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien zu schaffen, insbesondere aber die in der Antragsbegründung konkret geforderten Maßnahmen bei der nächsten Novelle des Ökostromgesetzes 2012 zu berücksichtigen und umzusetzen, sowie das Land Niederösterreich rechtzeitig bei der Ausarbeitung der nächsten Novelle miteinzubinden.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag 896/A-3/117-2016 miterledigt.“

Ing. RENNHOFFER
Berichterstatter

VLADYKA
Obfrau